

NADJA CHARABY

## RISKANTER DEAL FÜR VIETNAM

MIT DEM GEPLANTEN TRANSPAZIFISCHEN PARTNERSCHAFTSABKOMMEN (TPPA) SETZT DIE REGIERUNG DES SÜDOSTASIATISCHEN LANDES DEN KURS DER WIRTSCHAFTLICHEN ÖFFNUNG FORT

Vietnam hat derzeit mit zahlreichen Abkommen zum Freihandel zu tun – manche sind bereits abgeschlossen, andere noch in Verhandlung. Das umfangreichste ist das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPPA), welches zwischen zwölf Ländern verhandelt wird. Der Handel zwischen diesen Ländern macht etwa 40 Prozent des globalen Wirtschaftsvolumens aus. Der Druck ist groß, die USA hoffen auf einen Abschluss der TPPA-Verhandlungen im April. Im Mai soll es nach dem Willen der US-Administration in den Kongress gehen. Die staatlich kontrollierten Medien Vietnams präsentieren den für das Land riskanten Deal vor allem positiv. Die Politik ordnet das TPPA als Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams ein. Möglichkeiten für einen kritischen Diskurs oder gar für Proteste gibt es in Vietnam kaum. Während sich in Europa breiter Widerstand gegen Freihandelsabkommen (FTAs) formiert – in Berlin gingen am 17. Januar 2015 etwa 50.000 Menschen auf die Straße, um gegen das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zu demonstrieren –, bleibt es dort in der Öffentlichkeit beim Thema Freihandel ruhig.

Wie ordnen sich die aktuellen Verhandlungen in den wirtschaftspolitischen Kurs der vietnamesischen Regierung ein – und welche Risiken birgt dieses Vorgehen? Seit die vietnamesische Führung im Jahr 1986 die Reformpolitik «Doi Moi» einleitete, liegt der Fokus vor allem auf wirtschaftlichem Wachstum. Das südostasiatische Land, das seit der Wiedervereinigung 1976 ununterbrochen von der Kommunistischen Partei Vietnams regiert wird, glänzt in vielen internationalen Entwicklungsberichten mit seinen starken Wachstumszahlen.<sup>1</sup> Ein wichtiges Mittel hierfür ist eine Außenpolitik, die auf Diversifizierung der internationalen Beziehungen setzt. Dies soll dem Land Frieden, Souveränität und ökonomische Vorteile sichern. Aus der beeindruckenden Armutsminderungspolitik<sup>2</sup> wurde das offizielle Ziel, bis zum Jahr 2020 zum Industrieland zu werden. Schnelles Wachstum ist nach wie vor die Devise der Regierung, sämtliche Reformvorhaben richtet sie darauf aus. Neben einem großen informellen Sektor und der arbeitsintensiven Landwirtschaft spielen staatseigene Betriebe sowie ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Rolle für die vietnamesische Wirtschaft. Der wirtschaftliche Erfolg trägt auch zur anhaltenden Akzeptanz der Führung des Landes durch die Kommunistische Partei bei. Freihandelsabkommen gelten im Rahmen dieser wirtschaftspolitischen Ausrichtung als Mittel zum Zweck. So hob der vietnamesische Premierminister Nguyen Tan Dung in seiner Neujahrsansprache für das Jahr 2014 hervor: «Wir leben jetzt in einem Zeitalter der sich entfaltenden

Globalisierung und internationalen Integration. Der Zugang zu vielen Freihandelsabkommen mit hohen Anforderungen und großer Bandbreite hat zahlreiche Möglichkeiten für gegenseitig gewinnbringende Kooperationen geschaffen.»<sup>3</sup> Entsprechend diesem Paradigma hat die vietnamesische Regierung zwischen 1995 und 2011 zahlreiche Freihandelsabkommen abgeschlossen und ist Teil von Freihandelsregionen geworden.<sup>4</sup> Momentan ist das Land an Verhandlungen zu weiteren Freihandelsabkommen beteiligt oder daran interessiert, darunter ist eines mit der Europäischen Union sowie das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPPA).<sup>5</sup> Neben diesen überregionalen Abkommen ist Vietnam als Mitglied der ASEAN und als unmittelbarer Nachbar Chinas eng in regionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden.

### FREIHANDEL GEGEN EINEN ZU STARKEN EINFLUSS CHINAS

Die unmittelbare Nachbarschaft zu China und dessen politische, ökonomische und militärische Stärke stellen Vietnam vor besondere Herausforderungen. Selbst wenn Vietnam mit seinen niedrigeren Lohnkosten ein willkommener Investitionsstandort für viele Firmen ist, die bisher in China produziert haben<sup>6</sup>, so stört in der vietnamesischen Bilanz ein beständiges Außenhandelsdefizit zum großen Nachbarn im Norden. Dieses betrug 2014 fast 29 Milliarden US-Dollar. Chinesische Produkte machten 2014 etwa 29 Prozent des gesamten vietnamesischen Importes aus. Zum Vergleich: Im

Handel mit den USA erzielte Vietnam den größten Überschuss von mehr als 22 Milliarden US-Dollar.<sup>7</sup> Auch die vietnamesische Stromversorgung ist weiterhin von Elektrizitätsimporten aus China abhängig. Die stabile Energieversorgung ist ein wichtiges und ständiges Thema in Vietnam, da sie einerseits Wohlstand bedeutet und andererseits die Grundlage für die Industrialisierungspolitik der Regierung darstellt. Im Jahr 2014 nahmen die Spannungen in den nachbarschaftlichen Beziehungen zu. Anlass war der erneut aufflammende Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer. Im Mai 2014 installierte China eine Ölbohrplattform in Gewässern, welche Vietnam für sich beansprucht. In der vietnamesischen Bevölkerung verschärfte dies die Ressentiments gegenüber dem Nachbarland.<sup>8</sup> Auf diese Situation reagierte die Führung des Landes mit der Suche nach internationaler Unterstützung. So gelang es Vietnam im vergangenen Jahr, die ASEAN-Mitglieder zu einer gemeinsamen Stellungnahme in Bezug auf das Südchinesische Meer, die damit verbundene Sorge um Frieden und Stabilität in der Region sowie die Relevanz internationaler Abkommen zu bewegen.<sup>9</sup> Dies gilt als großer diplomatischer Erfolg der vietnamesischen Regierung, denn im Jahr 2012 lehnte das ASEAN-Mitgliedsland Kambodscha eine gemeinsame Erklärung zum Südchinesischen Meer noch ab und ließ ein ASEAN-Außenministertreffen im Juli 2012 zum Desaster für Vietnam werden. Die ASEAN und ihre Mitglieder sind für Vietnam also keine verlässlichen Partner. Zu sehr sind die Volkswirtschaften und Interessen der einzelnen Länder mit denen Chinas verwoben. Als mögliche Gegengewichte in diesem Balanceakt ist Vietnam auf starke Verbündete wie die USA, die EU, aber auch Indien oder Russland angewiesen.

Unter Präsident Barack Obama warfen die USA ihre Angeln wieder im asiatisch-pazifischen Raum aus und machten diesen zur Priorität langfristiger geostrategischer und sicherheitspolitischer Planungen. Hier sollen die eigenen Interessen gestärkt und China ausgebremst werden.<sup>10</sup> So ist Vietnam (wieder) ein strategisch interessanter Partner für die USA geworden. Zugleich scheinen die USA ein attraktiver Partner für Vietnams Interessen zu sein. Vietnam feiert in diesem Jahr den 20. Jahrestag der Normalisierung seiner Beziehungen zu den USA. Das Verhältnis beider Länder hat sich in vielerlei Hinsicht verbessert. Im Oktober 2014 hoben die USA sogar das Waffenembargo für Vietnam teilweise auf. Als Präsident Obama in einem Interview Anfang Februar 2015 an China appellierte, Vietnam und die Philippinen nicht zu drangsalieren, wurde das in der vietnamesischen Öffentlichkeit euphorisch aufgenommen.<sup>11</sup> Große Erwartungen setzt die vietnamesische Führung auch in die Intensivierung des Handels mit den USA. Dadurch hofft sie, der Außenhandelsdefizitfalle mit China zu entkommen und dem Nachbarn im Norden emanzipierter entgegenzutreten zu können.

Das TPPA wird zwischen den USA, Australien, Brunei Darussalam, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam verhandelt. Es richtet sich handelspolitisch eindeutig gegen China, dessen Regierung nicht am Verhandlungstisch sitzt. Das Abkommen würde etwa 40 Prozent des globalen Handels abdecken, circa elf Prozent der Weltbevölkerung wären betroffen. Allerdings ist die Eindämmung des chinesischen Einflusses nicht der einzige Grund, warum Vietnam am TPPA teilhaben möchte. Die vietnamesische Regierung hofft, nach der Unterzeichnung des TPPA besseren Zugang zu den Märkten der Partnerländer und erleichterte Exportbedingungen, insbe-

sondere für vietnamesische Agrarprodukte und Produkte der Textilindustrie zu erhalten. Jährlich strömen mehr als eine Million neue Arbeitskräfte auf den vietnamesischen Arbeitsmarkt. Parallel dazu gehen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, in der mehr als 40 Prozent aller Berufstätigen beschäftigt sind, durch Industrialisierung, Urbanisierung, Bodendegradierung und die Auswirkungen des Klimawandels verloren. Bereits jetzt setzt Vietnam intensiv auf ausländische Direktinvestitionen, welche mittlerweile mehr als 65 Prozent der gesamten Exporteinnahmen ausmachen.<sup>12</sup> Das TPPA soll die ausländischen Direktinvestitionen weiter steigern – um 35 Prozent bis zum Jahr 2025. Reformorientierte Kräfte in der Führung des Landes, die darauf setzen, eine voll funktionierende Marktwirtschaft zu errichten, erwarten durch die Vorschriften des TPPA für die nationale Gesetzgebung mehr und schnellere Strukturreformen, die vor allem die Staatsbetriebe treffen bzw. deren Privatisierung beschleunigen sollen.<sup>13</sup>

## **DAS TPPA IST KEIN NACHHALTIGES, PROGRESSIVES PROJEKT**

So wie auch bei anderen Freihandelsabkommen üblich, verlaufen die Verhandlungen des TPPA geheim, sodass der gesamte Inhalt des Abkommens der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung steht. Es ist aber abzusehen, dass es beim TPPA mehr um Investitionsschutz und den Schutz geistigen Eigentums geht als um Handel im traditionellen Sinne. Den Hoffnungen der vietnamesischen Regierung stehen massive Risiken gegenüber. «Die Kapazitäten, um den vielseitigen und beschwerlichen Auflagen zu entsprechen, werden viel kosten und Ressourcen [der vietnamesischen Regierung, Anm. d. Autorin] von der Lösung eigentlich wichtigerer Aufgaben abhalten», sagt Jane Kelsey von der University of Auckland. Es kann davon ausgegangen werden, dass die vietnamesische Textilindustrie nicht im erhofften Maße von den Zollbefreiungen beim Import in die USA profitieren wird. Die USA bestehen derzeit auf der sogenannten Yarn-Forward-Rule, welche festlegt, dass auch das Garn der importierten Textilien aus TPPA-Mitgliedstaaten kommen muss. Bisher werden in Vietnam jedoch vorwiegend aus dem Ausland stammende Garne benutzt, 80 bis 90 Prozent des Garns sollen importiert sein. Der Großteil stammt aus China oder Taiwan. Auch befinden sich viele Textilfabriken in chinesischem oder anderweitig ausländischem Besitz, sodass die Einnahmen für Vietnam vor allem auf die Löhne der ArbeiterInnen begrenzt sind. Die Förderung des Niedriglohnssektors trägt nicht zu einer nachhaltigen Wirtschaft in Vietnam bei und widerspricht auch eindeutig den zahlreichen politischen Bekenntnissen, auf eine gut ausgebildete Bevölkerung und soziale Gerechtigkeit zu setzen.<sup>14</sup> Während die Zeitung *Nhan Dan* («Das Volk»), zentrales Organ der Kommunistischen Partei, das TPPA als «goldene Möglichkeit» für die vietnamesische Landwirtschaft preist,<sup>15</sup> gehen KritikerInnen davon aus, dass die strengen Auflagen in Bezug auf Hygiene und Lebensmittelsicherheit vor allem dazu dienen werden, den US-Markt vor günstigeren Produkten unter anderem aus Vietnam zu schützen und zugleich neue Absatzmärkte für Fast-Food-Ketten zu schaffen.<sup>16</sup> Ein weiteres Problem birgt der im Oktober 2014 bekannt gewordene Inhalt des TPPA zur Patentierung pflanzlicher Produkte. Die Patente genetischer Codes von Pflanzen befinden sich zum Großteil in der Hand transnationaler Agrarkonzerne wie Monsanto. Die strengeren Hygienevorschriften und Zertifizierungen sowie der Patent-

schutz von Pflanzen werden daher in erster Linie Kleinbauern treffen.<sup>17</sup> Diese könnten gezwungen sein, auf bestimmte Getreidesorten zurückzugreifen, um für den Export in TPPA-Mitgliedstaaten produzieren zu können. Auch ist zu vermuten, dass die Hygienevorschriften einen Standard erfordern werden, den nur industrielle Großbetriebe vorweisen bzw. dokumentieren können. Vietnam ist ein Land, das vor allem von Kleinbauern bewirtschaftet wird.

Das TPPA ist kein nachhaltiges, progressives Projekt. Vietnam läuft vielmehr Gefahr, in die Falle eines Landes mit mittlerem Einkommen zu tappen, seine ArbeiterInnen weiterhin ausbeuterischen Industriezweigen zur Verfügung zu stellen und zu wenig eigene Wirtschaftskraft zu entwickeln.

Ein beliebtes Objekt der Kritik westlicher Medien an Vietnam sind die Staatsbetriebe. Sie stehen nicht zuletzt der Anerkennung Vietnams als Marktwirtschaft im Wege. Auch den VerhandlungspartnerInnen beim TPPA sind die Privilegien für Staatsbetriebe ein Dorn im Auge. Neben dem Druck von außen gibt es strukturelle Probleme der vietnamesischen Staatsbetriebe. Viele sind hoch verschuldet und von Missmanagement und Korruption geplagt. Der Reformkurs sieht die Privatisierung von 432 Staatsbetrieben in den Jahren 2014/2015 vor, in erster Linie durch Gewinnung ausländischer InvestorInnen.<sup>18</sup> Doch bei den Reformen der Staatsbetriebe ist es mit bloßen Privatisierungen nicht getan. Nach Unterzeichnung des TPPA müsste Vietnam diesen wichtigen Sektor unter Bedingungen reformieren, die von außen diktiert werden. Es kann kaum davon ausgegangen werden, dass das TPPA Vietnam hier viele Ausnahmen gewähren wird. Der Verkauf von Staatsbetrieben hat bisher nur wenige InvestorInnen interessiert. So wurde bei den Anteilsverkäufen der staatlichen Fluglinie Vietnam Airlines im Jahr 2014 kein ausländischer Käufer gefunden. Derzeit sind etwa 20 Prozent der vietnamesischen ArbeiterInnen in Staatsbetrieben beschäftigt. Inwieweit ihre Arbeit durch die Privatisierungen betroffen sein wird, ist in der öffentlichen Diskussion bislang kein Thema.

### **DER SCHUTZ GEISTIGEN EIGENTUMS UND SEINE VERHEERENDEN FOLGEN**

Hochgradig skandalös nicht nur für Vietnam, sondern für alle wirtschaftsschwächeren Partner des TPPA sind die vorgesehenen Schutzmechanismen für intellektuelles Eigentum. Die damit verbundenen Patentregeln verlängern die Sperrfristen für die Herstellung von Generika. Dies hätte verheerende Folgen für die Gesundheitsversorgung in Vietnam. Der Staat könnte nach Inkrafttreten der entsprechenden TPPA-Kapitel voraussichtlich nur noch etwa 30 Prozent der HIV-Positiven mit einer Therapie versorgen. Derzeit sind es 68 Prozent.<sup>19</sup> Vietnam verfügt über kein voll funktionierendes Krankenkassensystem. PatientInnen müssen Medikamente oft privat erwerben, sodass steigende Medikamentenpreise kaum absehbare Folgen vor allem für ärmere Bevölkerungsschichten haben. «Medikamentenpreise werden explodieren, vielleicht wird eine Übergangsphase erlaubt (noch in Diskussion), aber Vietnam wird am Ende die gleichen Regeln einhalten müssen», beschreibt Jane Kelsey die Auswirkungen des TPPA auf die medizinische Versorgung des Landes.

Genau wie das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA trägt auch das TPPA eine hochgradig undemokratische Dimension in sich. Dabei geht es nicht nur um die intransparenten und nicht parlamentarisch legitimierten Verhandlungen.

Auch das TPPA sieht sogenannte Investor-State Dispute Settlements (ISDS) vor, in denen private Offshore-Anwaltskanzleien die Höhe von Strafen aushandeln, die ein Staat an Firmen zahlen muss, sollten dessen politische Entscheidungen dazu führen, dass den entsprechenden Firmen Gewinne entgehen. Beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen steht Vietnam noch am Anfang. Dass die vietnamesische Regierung diese Strukturen jetzt durch die ISDS aushebeln lässt, ist fatal. Alsentwicklungsschwächstes Land in der TPPA-Riege werden die finanziellen Bürden für Vietnam sicherlich schwer wiegen.

Trotz massiver Verhandlungsprobleme mit Japan in Bezug auf Agrarfragen drängt die Obama-Administration auf einen Abschluss des TPPA noch im April 2015. Allerdings hat US-Präsident Barack Obama nicht wie gewünscht die sogenannte Fast-Track-Genehmigung erhalten, mit der er eine Entscheidung des US-Kongresses hätte umgehen können. Das TPPA muss also vom republikanisch dominierten Kongress genehmigt werden. Der vorgeschlagene Zertifizierungsprozess des TPPA würde es dem US-Kongress ermöglichen, noch nach Abschluss des Abkommens Veränderungen zu verlangen – angesichts der Zusammensetzung des Kongresses wären das Veränderungen im Sinne der US-Wirtschaft –, welche die Partnerländer dann implementieren müssten, bevor das TPPA in Kraft tritt. Somit steht zu befürchten, dass mächtigere TPPA-Partner (wie die USA) zum eigenen Vorteil über die nationale Gesetzgebung anderer Partner (wie der Vietnams) bestimmen.<sup>20</sup> Skandalös ist auch, dass es voraussichtlich keinen offiziellen Vertragstext auf Vietnamesisch geben wird. Dies bedeutet, dass viele vietnamesische ParlamentarierInnen den Originaltext nicht werden lesen können. Selbst Englisch sprechende Abgeordnete wird der mit Fachbegriffen durchsetzte Vertragstext vor große Herausforderungen stellen. Eine echte kritische Analyse durch das vietnamesische Parlament scheint somit kaum möglich zu sein.

### **EIN KRITISCHER DISKURS IST NÖTIG**

Vietnam steckt in einer außenpolitisch komplexen Gemengelage. Das Land hat es bisher geschafft, seine eigene Position in der Region zu stärken und gleichzeitig auf friedliche Konfliktlösungen zu setzen. Es ist offensichtlich, dass China für Vietnam langfristig eine essenzielle Rolle spielen wird und dass Lösungen nur gemeinsam mit dem Nachbarn im Norden gefunden werden können. Es besteht die Gefahr, dass der TPPA-Beitritt Vietnams verhärtete Konfliktlinien mit China zur Folge haben könnte. Auch die Harmonisierung der bestehenden und noch verhandelten Freihandelsabkommen stellt Vietnam vor große Herausforderungen. Sollte Vietnam das TPPA vor dem EU-Abkommen abschließen, könnte es den Abschluss des Letzteren gefährden. Das TPPA wird voraussichtlich bestimmte vorgesehene Schutzklauseln für geografische Herkunftsbezeichnungen von Produkten des EU-Vietnam-Freihandelsabkommens nicht zulassen.<sup>21</sup>

Doch auch das Abkommen mit der EU bedarf einer kritischen Analyse, die bisher weder in der vietnamesischen noch in der europäischen Öffentlichkeit stattfindet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Vietnam hat die Erfahrung gemacht, dass es weder in der Öffentlichkeit noch unter AkademikerInnen einen kritischen Diskurs über das TPPA gibt. Die Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Beteiligung an politischen Prozessen sind in Vietnam insgesamt schwie-

rig. Dennoch konnte das Hanoier Stiftungsbüro in den vergangenen drei Jahren mehrere Veranstaltungen durchführen, die kritische Anregungen gegeben haben. Inwieweit diese auf politischer Ebene rezipiert werden, ist schwer nachzuvollziehen. Für eine linke Perspektive ergeben sich bei einer reinen Ablehnung des TPPA aber weitere Dilemmata. In Vietnam gibt es bisher keine Gesetze, die beispielsweise Demonstrations- und Versammlungsfreiheit regeln. Auch herrschen in den Industriebetrieben oftmals katastrophale Arbeitsbedingungen, die Gewerkschaft kann sich nicht frei organisieren, und auch Umweltstandards werden nur mangelhaft überwacht. Das TPPA sieht Auflagen vor, die in Bezug auf diese Themen möglicherweise Verbesserungen bewirken können. So ist das Demonstrationsgesetz in Vietnam inzwischen auf die Gesetzgebungsagenda gesetzt worden. Inwieweit, dies auf den Druck durch die TPPA-Verhandlungen geschehen ist, ist schwer einzuschätzen. Die möglichen Chancen etwa in Bezug auf Gewerkschaftsarbeit in Vietnam, Versammlungsfreiheit etc. sollten im Rahmen einer linken Analyse jedoch nicht über all die oben genannten Risiken hinwegtäuschen. Die vietnamesische Regierung und auch die Kommunistische Partei sollten im eigenen Interesse kritische Diskurse in der Öffentlichkeit ermöglichen, ausreichend Informationen für die Betroffenen zu Verfügung stellen, den Menschen zuhören und in deren Interesse verhandeln. Doch das hätte früher geschehen müssen. Inzwischen sind die Verhandlungen schon zu weit vorangeschritten.

Nadja Charaby ist Projektmanagerin Ost- und Südostasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von Februar 2011 bis Februar 2015 leitete sie das Regionalbüro Südostasien der Stiftung in Hanoi.

**1** Vietnams jährliches Wachstum belief sich in den vergangenen zehn Jahren auf durchschnittlich 6,4 Prozent; vgl. [www.worldbank.org/en/country/vietnam/overview](http://www.worldbank.org/en/country/vietnam/overview). Diese Wachstumszahlen gelten der Kommunistischen Partei als wesentliche Erfolgsindikatoren. Debatten um alternative Modelle zur Erreichung von Wohlstand finden nicht statt. **2** Die Armutsrate wurde von 75 Prozent im Jahr 1990 auf unter acht Prozent im Jahr 2013 gesenkt. **3** Vgl. <http://thutuong.chinhphu.vn:2012/Home/PM-Dungs-New-Year-Message/20141/2274>. vgp. **4** Im Jahr 1995 normalisierten sich Vietnams diplomatische Beziehungen mit den USA, was der weltwirtschaftlichen Integration des Landes einen großen Schub verlieh. Im gleichen Jahr wurde Vietnam Mitglied der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und damit Teil des ASEAN-Freihandelsraumes. Die ASEAN hat Freihandelsabkommen mit Indien (2003), China (2004), Südkorea (2006), Japan (2008) und Australien/Neuseeland (2009) unterzeichnet. Vietnam verfügt ferner über bilaterale Abkommen mit Japan (2008), Chile (2011) und Südkorea (2014). **5** Hierbei handelt es sich um folgende Abkommen: Regional Comprehensive Economic Partnership (ASEAN+6), Vietnam-EU, TPPA, ASEAN-EU (als Paket gescheitert, jedoch als Blaupause für zahlreiche bilaterale Abkommen der EU in Südostasien genutzt), Vietnam-Zollunion Russlands, Weißrusslands und Kasachstans. **6** Während die durchschnittlichen Lohnkosten für FabrikarbeiterInnen in China bei ca. 300 US-Dollar pro Monat liegen, belaufen sie sich in Vietnam auf ca. 100 bis 150 US-Dollar; vgl. [www.ft.com/cms/s/0/46d052b8-6446-11e1-b30e-00144feabdc0.html#axzz3Rnko6yQN](http://www.ft.com/cms/s/0/46d052b8-6446-11e1-b30e-00144feabdc0.html#axzz3Rnko6yQN). **7** Zur vietnamesischen Handelsbilanz 2014 vgl. [www.customs.gov.vn/Lists/EnglishNews/View-Details.aspx?ID=378&Category=News%20and%20Events&language=en-US](http://www.customs.gov.vn/Lists/EnglishNews/View-Details.aspx?ID=378&Category=News%20and%20Events&language=en-US). **8** Zu den antichinesischen Protesten in Vietnam vgl. [www.theguardian.com/world/2014/may/15/vietnam-anti-china-protests-oil-rig-dead-injured](http://www.theguardian.com/world/2014/may/15/vietnam-anti-china-protests-oil-rig-dead-injured). **9** Vgl. [www.president-office.gov.mm/en/?q=issues/asean/id-3711](http://www.president-office.gov.mm/en/?q=issues/asean/id-3711). **10** Zu den US-Militärausgaben für Kooperationen im asiatisch-pazifischen Raum vgl. <http://foreignpolicy.com/2015/02/02/793982budget-asia-pacific-syria-iraq-russia-ukraine>. **11** Vgl. [www.thanhniennews.com/politics/obamas-tough-talk-on-china-sparks-jubilant-in-vietnam-38320.html](http://www.thanhniennews.com/politics/obamas-tough-talk-on-china-sparks-jubilant-in-vietnam-38320.html). **12** Vgl. [http://vccinews.com/news\\_detail.asp?news\\_id=31703](http://vccinews.com/news_detail.asp?news_id=31703). **13** Vgl. [http://rosalux-europa.info/userfiles/file/TTP\\_VN\\_Tung\\_Nguyen\\_140818.pdf](http://rosalux-europa.info/userfiles/file/TTP_VN_Tung_Nguyen_140818.pdf). **14** Der Parteitagbeschluss der Kommunistischen Partei im Jahr 2011 formulierte das Ziel, wirtschaftliches Wachstum besser in Einklang mit sozialer Gerechtigkeit zu bringen; vgl. <http://en.vietnamplus.vn/Home/Resolution-of-the-11th-Party-National-Congress/20111/15543.vnplus>. **15** Vgl. [http://en.nhandan.org.vn/en/mobile/\\_mobile\\_business/\\_mobile\\_economy/item/2053502.html](http://en.nhandan.org.vn/en/mobile/_mobile_business/_mobile_economy/item/2053502.html). **16** Vgl. [www.ran.org/tags/agribusiness?page=4](http://www.ran.org/tags/agribusiness?page=4). **17** Vgl. [www.citizen.org/tpp-ip-wikileaks](http://www.citizen.org/tpp-ip-wikileaks) und <https://wikileaks.org/tpp-ip2/tpp-ip2-chapter.pdf>. **18** Vgl. <http://asia.nikkei.com/magazine/20141002-REINVENTING-THE-MALL/Politics-Economy/Vietnam-kicks-up-privatization-again-as-growth-slows>. **19** Study Claims U.S. TPP Proposal Would Cut in Half Access to HIV Drugs in Vietnam (Inside U.S. Trade 12/26/2014, Vol. 32, No. 51). **20** Zur sogenannten Zertifizierung und der möglichen Einflussnahme von US-ExpertInnen auf nationale Gesetzgebungen der Partnerländer vgl. <http://tppnocertification.org>. **21** In den EU-Freihandelsabkommen wird in der Regel großer Wert auf den Schutz geografischer Bezeichnungen von Produkten gelegt, wie beispielsweise Parma-Schinken, Roquefort-Käse oder sogar (Westfälischer) Pumpernickel. Dies zeigt sich bereits beim Freihandelsabkommen, das die EU mit Singapur abgeschlossen hat. Dieses FTA gilt als Blaupause für das Abkommen zwischen der EU und Vietnam. Für Singapur selbst, das vor allem im Dienstleistungs- und Pharmasektor aktiv ist, stellt der Schutz geografischer Bezeichnungen keine große Hürde dar. Auch mit Vietnam gäbe es kaum Konfliktstoff, da die vietnamesische Landwirtschaft andere Produkte als die der EU erzeugt. Ländern wie den USA oder auch Australien, die ähnliche Produkte wie die EU auf den Markt bringen, sind diese Schutzbestimmungen jedoch ein Dorn im Auge. So äußerten sich diese Länder kritisch in Bezug auf die entsprechenden Bestimmungen im Abkommen zwischen der EU und Singapur. Auch in den Verhandlungen um das TTIP stellen die Schutzbestimmungen einen kritischen Punkt dar.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: März 2015

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling